

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Wilhelm Nöbel MdB verurteilt die von Union und FDP angekündigten Maßnahmen gegen den Terrorismus: Hektische Scheinaktivitäten.

Seite 1

Robert Antretter MdB kommentiert Reykjavik aus Mutlanger Sicht: Europäische Initiativen erforderlich.

Seite 3

Gernot Fischer MdB fordert Bundeskanzler Kohl auf, sich in Zusammenhang mit der Spendenaffäre selbst anzuzeigen: Im Interesse der Autorität des Staatsamtes.

Seite 4

Günter Verheugen MdB sieht düstere Perspektiven für Mocambique: Zum Tode von Samora Machel.

Seite 6

41. Jahrgang / 201

21. Oktober 1988

Hektische Scheinaktivitäten

Zu den von Union und FDP angekündigten Maßnahmen gegen den Terrorismus

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP haben nach den jüngsten Terroranschlägen hektisch eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, die angeblich eine verbesserte Fahndung nach Terroristen ermöglichen sollen. Dabei wird der Öffentlichkeit vorgegaukelt, daß die nun ins Auge gefaßten Maßnahmen tatsächlich dazu führen könnten, den Terrorismus in unserem Lande erfolgreicher als in der Vergangenheit zu bekämpfen.

Der FDP, die in der Vergangenheit im Bereich der Innenpolitik mäßigend in der Regierungskoalition gewirkt hat, ist vorzuhalten, daß sie nun auch Scheinaktivitäten das Wort redet, nur um die Öffentlichkeit zu beruhigen. Festzuhalten ist erst einmal: Das Instrumentarium zur Bekämpfung des Terrorismus ist von der sozialliberalen Koalition in den 70er Jahren geschaffen worden. Der gegenwärtig amtierende Bundesinnenminister, Friedrich Zimmermann, hat es unterlassen, die Instrumente zur Terrorismusbekämpfung fortzuentwickeln und zu verbessern. Er hat sich mehr auf die Verfolgung angeblicher Verfassungsfeinde im gesellschaftlichen Leben und im öffentlichen Dienst konzentriert. Von seinem parlamentarischen Staatssekretär Spranger stammt die Behauptung, daß der Regierungswechsel 1982 „motivierend“ auf die Sicherheitsorgane gewirkt habe. Die Ereignisse der letzten Jahre zeigen aber, daß hiervon überhaupt nicht die Rede sein kann.

Zu den jetzt so lautstark vorgetragenen neuen Maßnahmen ist folgendes anzumerken:

- Die Rasterfahndung zur Bekämpfung des Terrorismus ist zu jeder Zeit möglich gewesen und hat in der Vergangenheit. Erfolge gebracht. Bei Bestehen einer unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben und Freiheit ist die Rasterfahndung zulässig soweit sie dabei gewonnene Daten einer klaren Zweckbindung unterliegen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kontrakt Drucker
einmal im Monat
Rechtspapier



- Die sogenannte Kronzeugenregelung ist bei Polizeixperten und Juristen umstritten. Wer diese Regelung will, muß akzeptieren, daß ein mehrfacher Mörder von der verdienten Strafe freigestellt wird, eine sehr hohe Belohnung erhält und mit einer neuen Identität in einem Land seiner Wahl untertauchen kann. Dies ist ein schwerer Verstoß gegen unser Rechtsgefühl. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß die deutschen Terroristen von einer besonders intensiven ideologischen Verbohrtheit sind und kaum erwartet werden kann, daß aus ihren Reihen ein Kronzeuge gefunden werden kann.

Der Zugriff auf das Zentrale Verkehrsinformationssystem in Flensburg, das heißt auf die Datei des Kraftfahrtbundesamtes ist jederzeit möglich. Die sogenannte neue „ZEVIS-Regelung“ wird eine erweiterte Zugangsmöglichkeit zu den Datenbeständen in Flensburg ermöglichen. Dies geht aber weit über die Bekämpfung des Terrorismus hinaus. Die SPD-Fraktion hat erklärt, daß sie unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen einer erweiterten Nutzung dieser Datenbestände nicht im Wege stehen wird.

Auf Maßnahmen zur Verstärkung des Fahndungsdrucks wartet die Öffentlichkeit mit gespanntem Interesse. Außer altbekannten Vorschlägen zu einer verbesserten Öffentlichkeitsfahndung ist bis jetzt noch kein ernsthafter Vorschlag zu vernehmen gewesen.

Hemmnisse bei der Zusammenarbeit der Länderpolizeien mit dem Bundeskriminalamt hat es in letzter Zeit nachweislich nicht gegeben. Der jüngste Terroranschlag auf Gerold von Braunmühl hat gezeigt, daß die Zusammenarbeit zwischen dem LKA Nordrhein-Westfalen und dem Bundeskriminalamt hervorragend funktioniert hat. Sollte es hier noch Verbesserungen geben, so ist dies nur zu begrüßen. Hiervon Wunder zu erwarten, ist schiere Gesundheitserei.

Das einheitliche Polizeirecht wird keinen einzigen Terroristen hinter Schloß und Gitter bringen. Die Innenministerkonferenz hat sich bislang nicht über grundlegende Fragen des Datenschutzes, der Ausrüstung der Polizei mit Waffen und anderes mehr einigen können. Im übrigen brauchen wir keine neuen Gesetze sondern wir brauchen Fahndungserfolge. Die sind aber wiederum nur möglich, wenn die Fahnder von den Politikern in Ruhe gelassen werden.

Die hektischen Scheinaktivitäten der Regierungskoalition zur angeblich verbesserten Fahndung nach Terroristen sind einerseits Ausdruck eines schlechten Gewissens und andererseits der Versuch der Öffentlichkeit Aktivitäten vorzugaukeln, die beruhigen sollen. Die Wirklichkeit sieht so aus: Wir haben eine hervorragend ausgebildete und ausgerüstete Polizei beim Bund und in den Ländern, wir haben ein ausreichendes rechtliches Instrumentarium und wir haben eine Öffentlichkeit, die den Terrorismus und seine geistigen Grundlagen vollständig ablehnt und die staatlichen Organe bei der Bekämpfung des Terrorismus unterstützt. Gegen die Mordanschläge fanatischer Killerkommandos kann sich kein Staat hundertprozentig schützen, noch nicht einmal ein diktatorischer oder autoritärer Polizeistaat. Vertrauen in die Polizei, eine aufmerksame und hilfsbereite Bevölkerung sowie besonnene Politiker sind die beste Voraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung des Terrorismus.

(-/21.10.1986/vo/rs)

* * *



Wer Mutlangen vor Augen hat, ist doppelt enttäuscht

Nach dem Scheitern von Reykjavik sind europäische Initiativen erforderlich

Von Robert Antretter MdB

Mit großer Betroffenheit müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß der Gipfel von Reykjavik letztlich ohne Ergebnis geblieben ist. Für alle, die wissen, daß die großen Menschheitsprobleme ohne Abrüstung unlösbar bleiben werden, war dies ein schwerer Schlag.

Die Chance, alle atomaren Mittelstreckenraketen aus Europa wegzubringen, ist offenbar zum Greifen nahe gewesen. Es ist unfassbar, daß Reagan auch die Halbierung der Intercontinentalraketen, ein Teststoppabkommen und weitere Vereinbarungen, darunter die Lösung der Afghanistan-Frage nicht einmal in Erwägung gezogen hat.

Eine historische Chance ist vertan worden, weil der amerikanische Präsident starrsinnig an seinem „Krieg der Sterne-Projekt“ festgehalten hat und sich sogar auf die absurde Idee fixiert hat, daß nach der atomaren Abrüstung SDI als strategischer Schutzschirm gebraucht wird, um für den „worst case“ das Fenster der Verwundbarkeit Amerikas zu schließen. Deshalb muß jetzt also auch noch der Weltraum militarisiert werden, weil SDI weiterhin jede realistische Verhandlungschance blockieren wird.

Wer die Mutlanger Situation täglich vor Augen hat, der muß über eine solch hoffnungslose Einstellung doppelt enttäuscht sein. Die Pershing II-Raketen, die in Wirklichkeit unsere atomare Selbstmordoption bedeuten, bleiben vorerst in voller Zahl auf deutschem Boden, insbesondere in Baden-Württemberg, stationiert.

Für die unmittelbar betroffenen Bürgerinnen und Bürger von Mutlangen und Schwäbisch Gmünd stellt sich das Ganze so dar, daß sie von einer hilflosen Bundesregierung nur leere Worte erwarten können. Ablauf und Ergebnis des Gipfels von Reykjavik hat die Regierung Kohl zunächst euphorisch, dann desillusioniert kommentiert. Sie ist offenbar unfähig zu jeder konstruktiven Abrüstungspolitik. Die Friedensbewegung, die zuletzt gegen die Cruise Missiles in Hasselbach eindrucksvoll demonstriert hat, kann ihren politischen Partner nur noch in der Sozialdemokratie finden.

Wir werden jede Anstrengung unternehmen, um Cruise Missiles und Pershing II für immer zu beseitigen, auch wenn die Supermächte die strategische Abrüstung blockieren sollten. Zu diesem Zweck müssen jetzt aber europäische Initiativen ergriffen werden. Ministerrat und Europäisches Parlament müssen mit konkreten Abrüstungsvorschlägen aktiv werden. Das Negativsignal von Reykjavik kann nur dann überwunden werden, wenn eine sicherheitspolitische Selbstbehauptung Europas stattfindet. Dafür ist es jetzt allerhöchste Zeit.

(-/21.10.1986/vo/rs)

Kohl sollte sich selbst anzeigen

Im Interesse der Autorität des Staatsamtes liegt es, den Vorwurf der Spendenwäsche
endgültig zu klären

Von Gernot Fischer MdB
Mitglied im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

Wenn nicht alles täuscht, wird Graf Lambsdorff nicht wegen Bestechlichkeit oder Vorteilannahme verurteilt werden. Das heißt aber noch lange nicht, daß Graf Lambsdorff freigesprochen wird. Eine Verurteilung wegen Teilnahme an Steuerhinterziehungen größten Ausmaßes ist allemal denkbar. Daran zweifelt auch Graf Lambsdorff nicht. Er versucht lediglich, der Öffentlichkeit weiszumachen, was da übrig bleibe, sei eine Bagatelle, ein Kavaliersdelikt. Mitnichten. Ein Blick ins Gesetz zeigt es. Steuerhinterziehung ist mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bedroht.

Wenn Graf Lambsdorff denn verurteilt werden sollte, wieso, so fragt man sich, bleiben andere unbeheilt, denen die nach Rheinland-Pfalz geflohene „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e.V.“ als Spendensammelstelle der CDU und FDP bestens bekannt war? Wie zum Beispiel dem früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und heutigem Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

In der Verfügung der Staatsanwaltschaft Koblenz, mit der das Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl wegen uneidlicher Falschaussage vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß eingestellt wurde, heißt es immerhin:

„Er (Bundeskanzler Kohl) stellt nicht in Abrede, in seiner Amtszeit als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz von der Zuleitung von Geldern an politische Parteien über die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e.V.“ und andere Vereinigungen gewußt zu haben. Er habe das für steuerlich legal gehalten.“

Und wenig später heißt es:

„Nach seinen eigenen Angaben hatte Bundeskanzler Dr. Kohl in seiner Amtszeit als Ministerpräsident aber auch gewußt, daß politische Parteien über die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e.V.“ Spenden erhielten. Er hätte die Frage des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses mithin nicht verneinen dürfen.“



Wenn die Feststellungen der Koblenzer Staatsanwälte richtig sind, wo also unterscheidet sich das Verhalten Kohls von dem seines früheren Ministers Lambsdorff? Etwa darin, daß der Graf an Einzelaktionen aktiv durch „Aquisition“ mitgewirkt hat, während Kohl als Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz „nur“ von der Spendenwaschanlage wußte und nichts dagegen unternahm, daß auf diesem Wege und am Fiskus vorbei CDU und FDP mehr als 200 Millionen DM zugeschanzt werden konnte?

Es mag ja sein, daß der Bundeskanzler die Spendenwäsche - wie er heute sagt - für legal gehalten hat, sich also auf eine Art „Rechtsblindheit“ beruft. Angesichts des reichen juristischen Sachverständes in seiner Umgebung bedarf es keiner Belehrung über die rechtliche Relevanz einer solchen Einlassung.

Wie dem auch sei: Auf die Einstellungsverfügung der Koblenzer Staatsanwälte wird sich Bundeskanzler Kohl nicht berufen können. Abgesehen davon, daß eine solche Verfahrensbeendigung keine Rechtskraft in dem Sinne erzeugt, daß nicht noch einmal ermittelt werden dürfte, hat die Staatsanwaltschaft entsprechend der Strafanzeige des früheren Bundestagsabgeordneten Otto Schily aber auch nur wegen uneidlicher Falschaussage ermittelt. Steuerhinterziehung war damals nicht das Thema. Dies ist es erst durch Otto Graf Lambsdorff geworden.

Bleibt noch eines: Im Falle Kohl könnte es sein, daß der Verdacht, an Steuerstraftaten beteiligt zu sein, erfolgreich „ausgesessen“ wurde, das heißt, daß derartige Straftaten möglicherweise verjährt sind. Dies aber sollte Bundeskanzler Dr. Kohl im Interesse der Autorität des Staatsamtes verbindlich feststellen lassen. Vielleicht durch Selbstanzeige. (./21.10.1986/rs/ks)

Sorge über Mocambiques Zukunft

Zum Tode von Samora Machel

Von Günter Verheugen MdB

Nach dem tragischen Tod von Samora Machel ist eine weitere Zunahme der Spannungen im südlichen Afrika zu befürchten. Er hinterläßt ein Land, das angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten, in eine schwere Krise geraten ist. Außenpolitisch strebte Machel in jüngster Zeit einen neutralen Kurs an, der sein Land aus der vermuteten Abhängigkeit von Moskau führen sollte.

Der Westen hat ihm dies nie gedankt, eine Unterstützung seiner Politik blieb aus. Auch die Bundesrepublik hat wenig zur Entfaltung der Unabhängigkeit Mocambiques beigetragen. Der Westen und der Ostblock haben Mocambique keine Chance gegeben.

Samora Machels Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung seines Landes, das von einem totalen Versagen der portugiesischen Kolonialmacht bis in die Gegenwart geprägt blieb und dessen verheerende Auswirkungen aus eigener Kraft nicht zu bewältigen waren, bleiben weiter unerfüllt.

Als charismatische Persönlichkeit konnte Samora Machel die offenbar vorhandenen Spannungen innerhalb der von ihm mitbegründeten „Frelimo“ (Frente Libertacao de Mocambique) wirkungsvoll integrieren. Nach seinem Tod muß nun befürchtet werden, daß das Land sich einem Zustand der Unregierbarkeit nähert. Zum einen werden die von der Republik Südafrika unterstützten Rebellen der „Renamo“ (Resistencia Nacional Mocambique) das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen versuchen. Auf der anderen Seite wird das Buren-Regime in Pretoria nichts unversucht lassen, Mocambique weiter zu destabilisieren. Das hätte schreckliche Folgen für das gesamte südliche Afrika.

Samora Machel hatte im Westen wenig Freunde. Die SPD, die seine großen Verdienste um die Unabhängigkeit Mocambiques stets gewürdigt hat, pflegte zu Samora Machel gute und regelmäßige Kontakte. Die SPD wird sich angesichts der düsteren Zukunftsaussichten für Mocambique weiter konsequent dafür einsetzen, daß der Weg, den Samora Machel eingeschlagen hat und dessen Erfolg er nicht mehr erleben konnte, zu einer friedlichen Entwicklung fortgesetzt wird.

(-/21.10.1986/vo/rs)

* * *

